



Aus dem steirischen Landtag

KPÖ informiert aus erster Hand



SPÖ/ÖVP-Koalition wird Bevölkerung teuer kommen

KPÖ mit Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg im Landtag

In der ersten Sitzung des neu gewählten Landtags im Oktober 2010 setzte sich KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler mit dem Regierungsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP auseinander. Dieses sei ein Schönwetterpapier, die wirklichen Einschnitte werden auch nach der Wahl vor der Bevölkerung noch geheim gehalten. Wohin die Reise abseits von freundlichen Erklärungen gehe, zeige die Ausgliederung und Teilprivatisierung von 1600 Gemeindewohnungen in Kapfenberg. Auch im Land müsse man künftig mit solchen Schritten rechnen, so sei etwa mit der Privatisierung weiterer Anteile der EStAG zu rechnen, warnte KPÖ-LAbg. Werner Murgg.

Wie im Bund setzt die SPÖ-ÖVP-Koalition in der Steiermark vor allem auf die Belastung der Familien, um das Budget zu sanieren. All den geplanten Sparmaßnahmen ist gemeinsam, dass sie in erster Linie auf Kosten von Menschen mit kleinen und durchschnittlichen Einkommen gehen, für die es keine Kleinigkeit ist, 50, 100 oder 200 Euro im Monat zu verlieren. Tausenden Familien, die von der Wiedereinführung des Pflegeregresses betroffen sind, drohen dramatische finanzielle Einbußen.

Klimt-Weithaler: „Seit der Landtagswahl demonstrieren SPÖ und ÖVP, dass es zwischen den Großparteien keine inhaltlichen Unterschiede gibt. Voves und Schützenhöfer zeigen ihr



Die KPÖ-Abgeordneten im steirischen Landtag: Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg.“

wahres Gesicht, nachdem sie im Wahlkampf als fromme Familienväter und mutige Visionäre aufgetreten waren. Er-

klärtes Ziel ihrer so genannten ‚Reformpartnerschaft‘ ist es, den Klein- und DurchschnittsverdienerInnen das Leben noch

schwerer zu machen, indem alle Errungenschaften der letzten Periode wieder zurückgenommen werden.“

Die Arbeitsziele der KPÖ im Landtag

1. Politisches System: Abschaffung des Proporz in der Landespolitik, Verkleinerung der Landesregierung von 9 auf 7 Mitglieder. Keine Anhebung der Bezüge von Bürgermeister und Gemeindefunktionären, Senkung der Bezüge der Landespolitikerinnen und -politiker

2. Wirtschaft: Keine Privatisierung und kein Verkauf von Landesvermögen, Sicherung und Stärkung des

öffentlichen Eigentums. Schaffung der Steiermark-Holding.

3. Wohnen: Schluss mit dem Ausräumen der Wohnbauförderungsmittel, Unterstützung des öffentlichen Wohnbaus.

4. Soziales: Weder Kürzung der Wohnbeihilfe noch Wiedereinführung des Pflegeregresses.

Für eine Mindestsicherung, die diesen Namen verdient.

Keine Wiedereinführung von Kindergartengebühren.

5. Glücksspiel: Verbot des Kleinen Glücksspiels in der Steiermark.

6. Bildung: Keine Studiengebühren an den Steirischen Fachhochschulen.

7. Finanzen: Finanzierung öffentlicher Ausgaben durch eine Reichensteuer. Nahverkehrsabgabe der Unternehmer zur Finanzierung des ÖPNV.



„Reformpartnerschaft“ aus SPÖ und ÖVP: Befehlsempfänger der Industriellenvereinigung

Wenige Tage vor der Landtagswahl diskutierten Spitzenkandidaten aller Parteien auf Einladung der Industriellenvereinigung am Grazer Schloßberg über deren Thesenpapier. Landeshauptmann Franz Voves erklärte dort wörtlich: „Ich bin mit allen Vorschlägen der IV einverstanden.“ Konkret sagte er: „Meine Mitarbeiter haben bereits 3500 Posten des Landesbudgets durchforstet und Einsparungsvorschläge ausgearbeitet. Diese Vorschläge liegen in den Schubladen.“

Nun, nach der Wahl, werden diese Einsparungen Schritt für Schritt abgearbeitet. Konkret ist bisher bekannt, dass die Landesregierung die Rückzahlungspflicht (Regress) für Angehörige bei der Pflege sowie bei der Sozialhilfe, ab 1. März 2011 auch bei der Mindestsicherung, wieder einführen will. Die Wiedereinführung von Kindergartengebühren steht ebenfalls im Raum. Besonders alarmierend: Laut LH-Stv. Schützenhöfer sei die Wohnbeihilfe „wohl nicht mehr zu finanzieren“.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg kritisiert die Bereitschaft von SPÖ und ÖVP, sich selbst zum Befehlsempfänger der IV zu degradieren. „Dieser elitäre Kreis repräsentiert selbst innerhalb der Wirtschaftskammer lediglich 0,15 Prozent der Mitglieder, aber das sind offenbar jene 0,15 Prozent, die in Österreich das Sagen haben.“



1.402.000 Euro: KPÖ gegen explodierende Repräsentationsausgaben

Werner Murgg: „Mehrausgaben Schlag ins Gesicht der Steirerinnen und Steirer“ – SPÖ und ÖVP gegen Kürzungen

In der Sitzung des steirischen Landtags am 19. Jänner waren auch die sogenannten „über- und außerplanmäßigen Ausgaben“ ein Thema. Darunter fallen die Mehrkosten für Repräsentation, die die ursprünglich vorgesehene Summe weit überschritten haben. Für das Jahr 2009, für das bereits alle Zahlen vorliegen, wurden insgesamt 1,4 Mio. Euro dafür aufgewendet, fast doppelt so viel wie im Budget vorgesehen. Für das Jahr 2010 wurde unter anderem bekannt, dass alleine für die „Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit“ des neuen

Regierungsmitglieds Dr. Gerhard Kurzmann 23.583,34 Euro ausgegeben wurden. Kurzmann war 2010 nur zwei Monate im Amt.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg nahm diese Mehrausgaben mit einem Antrag auf deutliche Kürzung dieser Mittel ins Visier: „Die Repräsentationsausgaben der Regierungsparteien sind ein Schlag ins Gesicht der Steirerinnen und Steirer. Schritt für Schritt nimmt die Regierung alle Errungenschaften der vergangenen Jahre und Jahrzehnte zurück und saniert das Landesbudget vor allem durch

den Abbau von Sozialleistungen, Beihilfen und Dienstleistungen. Die Repräsentationsausgaben der Landesregierung und des Landtages bleiben aber unangetastet, obwohl es hier ein echtes Einsparungspotenzial gibt“, so Murgg.

Der KPÖ-Antrag auf Kürzung der Repräsentationsmittel um mehr als ein Drittel gegenüber dem geltenden Budget fand keine Mehrheit. SPÖ, ÖVP stellten sich gegen eine Einsparung bei den eigenen Werbemitteln, Zustimmung kam von der FPÖ und den Grünen.

BELASTUNGSPAKET

Zurück an den Absender



Gegen die Kürzung der Familienleistungen
Gegen die Kürzung der Pensionen
Keine Erhöhung des Pensionsalters – das kostet Arbeitsplätze für die Jugend
Gegen Einschränkungen des Pflegegeldes
Keine Erhöhung der Mineralölsteuer!

Reichensteuer jetzt!

100.000 Euro für neue Dienstwagen: KPÖ mahnt mehr Bescheidenheit ein

Klimt-Weithaler: Kalte Dusche für Bevölkerung, warme Ledersitze für Landeschefs

Je 50.000 Euro kosten die neuen Dienstwagen von Landeshauptmann Voves (BMW 530xd) und seinem Stellvertreter Hermann Schützenhöfer (Mercedes C 350 4Matic). KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler übt Kritik an dieser Geldverschwendung und

mahnt mehr Bescheidenheit bei den Ausgaben ein: „100.000 Euro für zwei Autos, das passt nicht recht zu dem von den Regierungsparteien angekündigten Sparprogramm. Für die Bevölkerung gibt es eine kalte Dusche, für die Landeschefs warme Ledersitze.“

Noch teurer ist der aktuelle Dienstwagen von Wirtschaftskammer-Chef Ulfried Hainzl. Wie mehrere Tageszeitungen berichteten, kaufte die Kammer für ihn einen Hybrid-Lexus um 80.000 Euro – und zwar in Hainzls eigenem Autohaus.

Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ im steirischen Landtag: „Die Bevölkerung muss für die Bankenrettung teuer bezahlen, während das Vermögen der österreichischen Superreichen jährlich um 8 bis 10 Prozent wächst. Diese entfesselte Politik wird zur Verarmung immer größerer Teile der Bevölkerung führen. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn, mit dem sich die Leute das Leben wieder leisten können. Und wir müssen endlich jene zur Kasse bitten, denen wir die Sparpakete zu verdanken haben. Die arbeitenden Menschen haben die Krise nicht ausgelöst, aber sie sollen jetzt die Rechnung bezahlen, während die Spekulanten weiterhin märchenhafte Gewinne kassieren.“



Pflege: KPÖ kämpft im Landtag gegen Kostenfalle für Angehörige

Klimt-Weithaler: Kostenexplosion im Pflegebereich ist hausgemacht

Zwei Jahre nach Abschaffung der Rückzahlungspflicht im Rahmen der Pflegekosten (Pflegeregress) will das zuständige Regierungsmitglied Mag. Edlinger-Ploder diese Kostenfalle für Angehörige wieder einführen. Als Grund dafür wird die Kostenexplosion genannt. Angesichts der Tatsache, dass die dramatische Kostenentwicklung durchaus in den Griff zu bekommen wäre, wirkt diese Begründung absurd. Die KPÖ stellte daher am 23. November 2010 eine Dringliche Anfrage an Landesrätin Edlinger-Ploder.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Der Regierung ist seit Jahren bekannt, wer die tatsächlichen Kostentreiber im Pflegebereich sind: jene gewinnorientierten privaten Heimbetreiber, die mit öffentlichen Mitteln gewaltige Gewinne einfahren. Die KPÖ zeigt seit Jahren auf, wie man die Kostenentwicklung in den Griff bekommen kann. Landtagsbeschlüsse dazu werden aber einfach nicht umgesetzt, wahrscheinlich aus Angst vor der Macht der größeren Heimbetreiber, die ihre Dienstleistungen zum Teil sogar als Geldanlage vermarkten und darauf bedacht sind, die Kosten in die Höhe zu treiben.“

Der Abschaffung des Angehörigenregresses folgte die neu eingeführte Praxis, Pflegebedürftige zu zwingen, ihre Angehörigen auf Unterhalt zu klagen. Dieser Missstand ist unzumutbar und eine Bankrotterklärung jener Parteien, die sich rühmen, sich für Familien einzusetzen.

Der aktuelle Bericht der PatientInnen- und Pflegeombudsschaft hat aufgezeigt, dass im steirischen Pflegewesen ein gesetzeskonformer Betrieb in vielen Fällen nicht gewährleistet ist. Die Palette der Vorwürfe reicht bis hin zur strukturellen Gewalt in Pflegeeinrichtungen. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler richtete in der Landtagssitzung am Dienstag daher eine Dringliche Anfrage an die zuständige Landesrätin Edlinger-Ploder.

Insbesondere die geringe Zahl der Kontrollen und ihre oberflächliche Durchführung sind Anlass zur Besorgnis, so Klimt-Weithaler. Eine große Anzahl der privaten Pflegeheime und Pflegeplätze in der Steiermark ist eher auf die Maximierung des Profits als auf die Erreichung hoher pflegerischer und medizinischer Standards ausgerichtet. Klimt-Weithaler zeigt sich enttäuscht über die Anfragebeantwortung: „Nur zu sagen, dass die Situation in anderen Bundesländern teilweise noch schlechter ist, reicht nicht.“

Dass die steirischen Behörden mit formaljuristischen Argumenten eine Zusammenarbeit mit der Pflegeombudsschaft verweigern, ist aus Sicht der KPÖ ein nicht haltbarer Zustand. „Die vorbehaltlose Kooperation mit der Anwaltschaft ist aus unserer Sicht Voraussetzung für wirksame Qualitätssicherung.“, so die KPÖ-Klubobfrau.

Folgende Forderungen, die nicht die Zustimmung von SPÖ, ÖVP und FPÖ fanden, bekräftigte die KPÖ in einem Antrag von der Regierung:

1. Den Personalstand der PatientInnen- und Pflegeombudsschaft so zu erhöhen, dass sie in die Lage versetzt wird, die erhöhte Anzahl von Geschäftsfällen rasch zu bearbeiten.
2. die Unterbringung auf Pflegeplätzen außerhalb stati-

onärer Einrichtungen von Pflegebedürftige jenseits der Pflegestufe 4 zu unterbinden.

3. zwei jährliche Kontrollen, insbesondere auch in der Nacht und an den Wochenenden, in den Heimen vorzusehen und diese auch in qualitativer Hinsicht zu verbessern, wobei in Zukunft die zivilrechtliche Leistungserbringung durch die BetreiberInnen, die Qualität der Ernährung, Gestaltung der Betreuung und Unterkunft, Inhalt der Heimverträge und deren Einhaltung sowie die Dienstpläne zu überprüfen sind.
4. die Qualifikation der Amtssachverständigen deutlich zu verbessern und ihnen die Kompetenz einzuräumen, von sich aus tätig zu werden;
5. die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel für die Unterbringung in einer stationären Pflegeeinrichtung mittelfristig auf öffentliche und gemeinnützige Heimträger zu beschränken, um in Zukunft auszuschließen, dass öffentliche Gelder private Gewinne subventionieren.



Wie wollen wir Pflege?
2., aktualisierte Auflage

Unser Ziel: Altern in Würde und keine Ausbeutung der Beschäftigten

Vorschläge der steirischen KPÖ zum Pflegenotstand.



Forderungen der KPÖ zur Pflege, Broschüre, kostenlos anzufordern beim KPÖ-Landtagsklub, Tel. (0316) 877-5102, E-Mail: georg.fuchs@stmk.gv.at.

Steirische Regress-Regelung muss fallen!

Die Länder und der Bund haben vereinbart, dass es bei der Mindestsicherung, die in der Steiermark am 1. März 2011 die Sozialhilfe ablösen wird, zu keinem Kostenersatz (Regress) durch Kinder, Enkelkinder, Großeltern und Eltern kommen darf. Trotzdem hat der steirische Landtag im Dezember beschlossen, den Regress wieder einzuführen, nachdem dieser im Jahr 2008 auf Druck von KPÖ und Grünen abgeschafft worden war.

Daran erinnert KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler anlässlich der heute getätigten Ankündigung von Sozialminister Hundstorfer, gegen den steirischen Regress Einspruch oder eine Verfassungsklage einzubringen.

Klimt-Weithaler: „Die KPÖ hat im Landtag wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass die Wiedereinführung des Regresses nicht nur ungerecht ist, sondern auch der Bund-Länder-Vereinbarung widerspricht. Die SPÖ hat diese Bedenken aber vom Tisch gewischt. Dass sich der Sozialminister nun gegen die Landes-SPÖ stellt, ist ein erfreuliches Signal. Aber selbst wenn der Regress fällt, bleibt die traurige Tatsache, dass die Mindestsicherung in unserem Bundesland ohne Ausnahme für alle derzeitigen Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe eine deutliche Verschlechterung darstellt.“



Tag der offenen Konten 2010

KPÖ-Mandatarinnen und -Mandatare spendeten bisher über eine Million



Jedes Jahr seit der Wahl Ernest Kalteneggers zum Stadtrat in Graz im Jahr 1998 legen die Mandatarinnen und Mandatare der KPÖ am „Tag der offenen Konten“ offen, wie sie ihre Polit-Bezüge verwendet haben. 2010 wurden von der Grazer Stadträtin Elke Kahr sowie von den Landtagsabgeordneten der KPÖ insgesamt 148.441,52 Euro zur Unterstützung von in Not geratenen Menschen zur Verfügung gestellt (2009: 163.897,64 Euro, Differenz er-

gibt sich aus dem Mandatsverlust bei der Landtagswahl.)

Seit dem Einzug Ernest Kalteneggers in den Grazer Stadt-senat im Jahr 1998 haben KPÖ-Politikerinnen und -Politiker auf einen Großteil ihrer Bezüge verzichtet und daraus in Summe bereits 1.113.626,30 Euro in den Sozialfonds eingezahlt. Seit 1998 wurden 7.762 Personen mit einer Gesamtsumme von € 1.113.626,30 unterstützt.

Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Es gibt immer

mehr Menschen, die sich eine Wohnungskautiön, eine Autoreparatur oder eine neue Waschmaschine einfach nicht leisten können, obwohl sie einer geregelten Arbeit nachgehen. Die Löhne halten mit der Teuerung einfach nicht Schritt. Statt die Bevölkerung zu entlasten, tragen Bund, Land und Gemeinden durch Belastungspakete und Gebührenerhöhungen dazu bei, den Leuten das Leben schwer zu machen.“

Den Landespensionisten wird Pension gekürzt. KPÖ sagt Nein!

Mit den Stimmen SPÖ, MÖVP, FPÖ und Grünen beschloss der Landtag eine faktische Kürzung des Pensionen der Landesbediensteten. Pensionisten mit Pensionen über 2.310 Euro brutto (!) bekommen keine Pensionserhöhung. Pensionen bis 2.000 Euro brutto werden um 1,2 Prozent erhöht, was angesichts der Inflation

einen Realeinkommensverlust bedeutet.

Tatsächlich hat ein Großteil der Landespensionisten kleine und mittlere Pensionen. KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Für eine Sanierung des Landesbudgets am Rücken der Landespensionisten steht die KPÖ nicht zur Verfügung.“



KPÖ wirkt



Impressum/Medieninhaber: KPÖ Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108 E-Mail: ltk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Eintretens der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Hiobsbotschaft für Eltern: SPÖ stoppt Ausbau der Kinderbetreuung

Klimt-Weithaler (KPÖ): SPÖ-Schwenk ist eine bildungspolitische Katastrophe für die Steiermark

Mit einer Überraschung Mendete in der Sitzung der Landtags am 18. Jänner die Abstimmung über einen Antrag der KPÖ, in dem der Ausbau von Kinderkrippen und Kindergärten in Hinblick auf das „Barcelona-Ziel“ sowie die Verankerung eines Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz für drei- bis sechsjährige Kinder gefordert wurde. Die SPÖ, die beide Forderungen bisher unterstützt und sogar im Landtagswahlkampf aufgestellt hat, stimmte gemeinsam mit der ÖVP gegen ihre eigenen bildungspolitischen Grundsätze. FPÖ und Grüne unterstützten den Antrag der KPÖ.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler zeigte sich sehr enttäuscht über den Schwenk der SPÖ, da sie sowohl bildungs- als auch frauenpolitisch ein großer Schritt zurück sei: „Dass die SPÖ diesen Antrag angelehnt hat, zeigt, dass sie ihre bildungspolitischen Ziele im Bereich der Kinderbetreuung nie wirklich ernst genommen hat. In Anbetracht der österreichischen PISA-Ergebnisse ist dieses Verhalten eine Schande, Bildung beginnt bekanntlich schon vor der Schule.“

Klimt-Weithaler erinnert daran, dass neben dem nun von der SPÖ bestätigten Ausbaustopp im Bereich der Kinderbetreuung auch die Wiedereinführung von Kindergartengebühren ins Haus stehe. „In diesem Fall kann man der SPÖ nicht einmal unterstellen, als Erfüllungsgehilfe der Industriellenvereinigung zu handeln. Denn diese weist ebenso wie die Arbeiterkammer seit Jahrzehnten auf die Bedeutung des Ausbaus der Kinderbetreuung in der Steiermark hin“, so die KPÖ-Klubobfrau.

Platz für Adressaufkleber
Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA
8020 Graz VNr: 07Z037205